

Kroatien

Siniša Kušić

Mit der Brüsseler Entscheidung zur Aufnahme der EU-Beitrittsverhandlungen nahmen die verantwortlichen Akteure in Kroatien die Reformmaßnahmen und die Übernahme der EU-Standards verstärkt in den Blick. Der bisherige Verlauf der Beitrittsverhandlungen wird dementsprechend von beiden Seiten als erfolgreich angesehen, wie die jüngsten Äußerungen der kroatischen Außenministerin Grabar-Kitarovic und EU-Kommissar Rehn verdeutlichen. Bereits im Oktober 2006, also nur 12 Monate nach Beginn der Verhandlungen, konnte die erste Phase des Verhandlungsprozesses – das Screening – beendet werden. Auf der letzten Beitrittskonferenz zwischen der EU und Kroatien vom 29. März 2007 konnte das sechste Verhandlungskapitel geöffnet werden, die ersten beiden wurden bereits vorläufig geschlossen. Laut Vladimir Drobnjak, Verhandlungsführer der kroatischer Seite, ist man damit weitestgehend im Plansoll, denn der eigene Zeitrahmen sieht vor sämtliche Kapitel bis Ende 2008 abgeschlossen zu haben, um noch in diesem Jahrzehnt der EU beitreten zu können.

Nach den negativen Erfahrungen vom Frühjahr 2005, als die Beitrittsverhandlungen aufgrund der *causa Gotovina* kurzerhand verschoben wurden, ist man in Zagreb inzwischen in Punkto Prognosen über den konkreten Termin eines EU-Beitritts vorsichtiger geworden. Dies umso mehr, als die Verhandlungen zwischen der EU und Kroatien auf einem neuen Verhandlungskonzept basieren, welches die Erfahrungen Brüssels mit der bisherigen Osterweiterung reflektiert. Neu ist dabei vor allem die Vorverlegung der Implementierung und ihrer Kontrollen vor den Zeitpunkt des Abschlusses der Verhandlungen und der Zusatz „vorläufig“ geschlossener Kapitel. Damit soll gewährleistet werden, dass Kroatien seine vertraglichen Verpflichtungen sofort mit Beitritt bzw. unmittelbar nach Ablauf der Übergangsfristen auch tatsächlich erfüllt. Von Seiten der Europäischen Kommission, die Kroatiens Bemühungen im vergangenen Jahr mit finanziellen Mitteln in Höhe von 140 Millionen Euro unterstützt hatte, ist man ebenfalls zurückhaltend, wenn es um mögliche Beitrittstermine geht und die dafür Zuständigen werden nicht müde zu betonen, dass vor allen Diskussionen über Termine zunächst die Erfüllung sämtlicher Kriterien ansteht.

Allerdings gab es zuletzt auch positive und aufmunternde Signale aus Brüssel. Das EU-Parlament nannte dabei erstmals in einer offiziellen Stellungnahme vom April 2007 das Jahr 2009 als mögliches Beitrittsdatum und sieht gleichzeitig eine Aufnahme Kroatiens als 28. Mitglied auch mit dem bisherigen institutionellen Rahmen im Bereich des möglichen an. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der Aufholprozess der letzten Jahre nicht an Tempo verliert, denn wie der Fortschrittsbericht der EU-Kommission Ende 2006 bestätigte, verbleibt noch einiges an Arbeit. Die EU erwartet von Kroatien weiterhin eine intensive Zusammenarbeit mit Den Haag, verstärkte Bemühungen beim Minderheitenschutz sowie bei der Rückkehr der Flüchtlinge. Laut Kommission ist zudem die begonnene Dezentralisierung des Landes noch unzureichend und die öffentliche Verwaltung nach wie vor ineffizient, sodass in diesen Verhandlungskapiteln ebenso wie im Bereich Justiz und Korruptionsbekämpfung verstärkte Anstrengungen notwendig sein werden, um sich für die Vollmitgliedschaft zu empfehlen.

Darüber hinaus muss sich Kroatien bereits heute für die Zeit nach dem EU-Beitritt vorbereiten, denn so wichtig die Angleichung an den Besitzstand der EU für die Entwicklung des Landes auch ist, die Erfüllung der Beitrittskriterien alleine wird das Land nicht in die Lage versetzen, den verschärften Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU standhalten zu können. Wie die bislang defizitäre Außenhandelsbilanz verdeutlicht, wird eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aber notwendig sein, um die hohen Erwartungen der Kroaten nicht zu enttäuschen, die sie mit dem Eintritt in die EU verbinden, schließlich will man in Europa nicht die Rolle des armen Mannes spielen.¹

Noch allerdings fehlt Kroatien ein langfristiger, gesamtgesellschaftlicher Konsens über die künftige Entwicklung des Landes. Nach wie vor ist offen, welches wirtschaftspolitische Gewicht etwa die stark subventionierte Werftindustrie einnehmen soll, bedenkt man dass die EU energisch auf die Reduzierung der staatlichen Hilfen drängt. Und obwohl Kroatiens Perspektiven in bestimmten Branchen als günstig zu bezeichnen sind – so jagt der Tourismus in den letzten Jahren von Rekord zu Rekord und weist ebenso wie die Bereiche Elektroindustrie, Telekommunikation, Pharma und Software auch weiterhin Entwicklungspotenzial auf – wird es das Land ohne einen nennenswerten Schritt in Richtung der so genannten Wissensgesellschaft schwer haben, mit höherer Wertschöpfung an künftigen Wachstumsbranchen zu partizipieren. Das von der kroatischen Regierung Anfang 2006 vorgestellte Strategiepapier (2007-2013) zielt in ebendiese Richtung, d.h. Steigerung des Anteils hoch qualifizierter Arbeitnehmer, Wissenschaftler und Professoren, sowie eine engere Verknüpfung zwischen der Wirtschaft und einzelnen Forschungseinrichtungen. Verschiedene Maßnahmen und Programme des Ministeriums für Wissenschaft, Ausbildung und Sport (MZOS), etwa der Unity Through Knowledge Fund oder der Kongress kroatischer Wissenschaftler vom Mai 2007 sollen helfen, die eigene akademische Diaspora in wissenschaftliche Netzwerke des Landes einzubinden und die Rückkehr der „Köpfe“ zu unterstützen. Diese können sowohl für die weitere Entwicklung des Landes einen entscheidenden Beitrag leisten als auch ihre Fähigkeiten im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses einbringen.

Ende 2007 stehen in Kroatien wieder Parlamentswahlen an. Erfahrungsgemäß nimmt die Reformbereitschaft der Regierungen vor Wahlen ab, die verantwortlichen Akteure sind in erster Linie mit sich und dem eigenen Wahlprogramm beschäftigt, sodass weniger Raum für schmerzhaft Einschnitte in Besitzstände verbleibt. Will Kroatien tatsächlich bis 2009 oder 2010 fit sein für die EU, wird man sich allerdings keine Pause leisten können und die Reformbemühungen daher parallel zum Wahlkampf intensivieren müssen. Der Savez za Europu (Bund für Europa), ein Konsens aller größeren im Sabor vertretenen Parteien über die strategische Bedeutung einer EU-Mitgliedschaft lässt allerdings hoffen, dass Kroatien unabhängig von Ausgang der kommenden Parlamentswahlen seinen EU-Kurs weiterführen und den Transformationsprozess in Richtung einer marktwirtschaftlichen Demokratie bald abschließen wird; ökonomisch, politisch, institutionell wie mental. Wenn es Zagreb bis 2009 gelingt, umso besser, dann nämlich ist die Europäische Union in der Pflicht.

Weiterführende Literatur

Kušić, Siniša: Kroatiens Wirtschaft auf dem Weg in die EU, in: Südosteuropa, 2/2006, S. 214-234.

1 Ne želimo biti konobari u EU, in: Vecernji list, 07.05.2006.